

Hans-Jürgen SCHRÖDER, Gießen

## Woodrow Wilson und der Vertrag von St. Germain 1919–1920

### *Woodrow Wilson and the Treaty of Saint Germain 1919–1920*

*During World War I U.S. President Wilson called for a liberal world order based on the principle of national self-determination. Within this order, Austria-Hungary, which Wilson referred to as an artificial empire, had no place. In September of 1919, the Treaty of Saint Germain became testament to the empire's destruction. The successor states had to fulfil an important strategic role as a barrier against a revival of German imperialistic ambitions from Berlin to Bagdad.*

**Keywords:** *Austria-Hungary – empires – League of Nations – self-determination – South Tyrol*

### 1. Zum Epochencharakter der Jahre 1917–1920

Die Jahre 1917 bis 1920 markieren in mehrfacher Hinsicht einen tiefgreifenden Wandel des internationalen Systems. Das gilt für die machtpolitischen Interaktionen der Staaten und deren innere Verfassung sowie den ökonomischen Wandel. Die Interdependenz von Außen- und Innenpolitik wird unwiderruflich zum konstitutiven Element im internationalen System. Damit ist die ‚klassische‘ Diplomatie Vergangenheit und mit hin natürlich auch die traditionelle – sich primär am sichtbaren außenpolitische Geschehen orientierende – Diplomatiegeschichte. Das „Gemeinsame und Neue“ sei, so Hans Rothfels in seinem richtungweisenden Aufsatz im Jahre 1953, dass „ideologische und gesellschaftliche Bewegungen über Landesgrenzen sich auswirkten wie es dem national-staatlichen Zeitalter fremd geworden war“. Rothfels spricht mit Blick auf das Jahr 1917 von einem „eigentümlich zusammengeordneten Doppelereignis“. Mit dem Kriegseintritt der USA

und dem Ausbruch der Russischen Revolution sei die Konstellation „wirklich universal“ geworden.<sup>1</sup> Über die von Rothfels angeführten Beispiele greift Michael Gehler weit hinaus wie etwa sein Blick in den Fernen Osten deutlich macht.<sup>2</sup> Mit seiner globalen Perspektive entwirft er ein breites Panorama nationaler Transformationen und internationaler Konstellationen, wie sie sich in dem hier im Mittelpunkt stehenden Zeitraum herausgebildet haben. Sichtbaren Ausdruck fanden die internationalen Machtverschiebungen besonders deutlich in der Auflösung und Schwächung von Imperien in Europa und Asien<sup>3</sup> und dem Aufstieg des amerikanischen Imperiums, dem bei der militärischen Entscheidung des Krieges eine Schlüsselrolle zufiel und das für die Gestaltung der Nachkriegsordnung die Führung beanspruchte.

Welches waren die Motive der USA für die Intervention in den Ersten Weltkrieg? Welche Kriegs- und Friedensziele verfolgte der amerikanische Präsident Woodrow Wilson? Welche Bedeutung hatte in diesem Kontext die in der historischen

<sup>1</sup> ROTHFELS, Zeitgeschichte 6f.

<sup>2</sup> Beitrag Michael GEHLER in diesem Band.

<sup>3</sup> Vgl. hierzu auch den anregenden Aufsatz von GERWARTH, MANELA, Great War.

Forschung bisher vernachlässigte amerikanische Politik gegenüber Österreich-Ungarn, die in dem hier zur Debatte stehenden Vertrag von Saint Germain ihren völkerrechtlichen Ausdruck fand? Wie sollte in der anvisierten Friedensordnung die Durchsetzung spezifisch amerikanischer Interessen realisiert werden? Und inwieweit steht die Politik Wilsons in der Kontinuität der amerikanischen Expansions- und Hegemonialpolitik seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert? Zur Beantwortung dieser Fragen sollen Antriebskräfte und Methoden der amerikanischen Expansionspolitik skizziert werden.

## 2. USA:

### Das anti-imperiale Imperium

Die Geschichte der USA ist eine Geschichte der Expansion. Nach erfolgreicher Revolution und Staatsgründung am Ende des 18. Jahrhunderts stand zunächst die kontinentale Expansion im Vordergrund. Während der Expansion nach Westen haben sich die weißen Siedler auf Grundsätze berufen, die später auch zu Rechtfertigung einer Expansion über die kontinentalen Grenzen hinaus dienten. Das vermeintlich natürliche Recht auf Beherrschung Nordamerikas („Manifest Destiny“), die göttliche Vorsehung („Providence“), Verbreitung der Zivilisation im Namen der Exzeptionalität („Exceptionalism“) Amerikas als einzigartige Nation, die anderen Nationen moralisch überlegen sei. Überdies wurde die Expansion nach Übersee als logische Fortsetzung der kontinentalen Ausbreitung gesehen. Diese dynamische Schubkraft der Expansionsbestrebungen manifestierte sich nicht zuletzt in der großen Zahl und inhaltlichen Bandbreite amerikanischer Expansionsideologien.<sup>4</sup>

Zentrale Antriebskraft der Expansion war die im Zuge der kontinentalen Expansion dynamische

Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft. Damit einher ging eine seit dem amerikanischen Bürgerkrieg zunehmende Bedeutung der USA in der Weltwirtschaft. Bereits im Jahre 1870 war die gesamte amerikanische Wirtschaftskraft größer als die jeder anderen entwickelten Volkswirtschaft. Dieser rasante Aufstieg manifestierte sich besonders eindrucksvoll im Vergleich mit Großbritannien. Im Jahre 1913 war die amerikanische Wirtschaft zweieinhalbmal so groß wie die britische.<sup>5</sup> Und zu Beginn des Ersten Weltkrieges hatte der industrielle Sektor der USA eine weltweit führende Stellung erlangt; die amerikanische Wirtschaft insgesamt produzierte jetzt mehr als Großbritannien, Deutschland und Frankreich zusammengenommen.<sup>6</sup> Diese Entwicklung verlief allerdings nicht geradlinig, sie war wiederholt von Konjunkturerinbrüchen begleitet. Unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise der Jahre 1873 bis 1895 waren die Führungseliten von Wirtschaft und Politik zu dem Schluss gekommen, dass die Erschließung von Auslandsmärkten eine zentrale außenpolitische Aufgabe war: zur Sicherung der Binnenwirtschaft und damit zur Stabilisierung des amerikanischen politischen Systems insgesamt.

Bei der Realisierung der Expansion stützte sich Washington vor allem auf vier Instrumente, die auch die hier zur Debatte stehende Außenpolitik des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson kennzeichnen: Monroe-Doktrin, Open Door Policy, bewaffnete Intervention und das Modell Amerika als eine Art politische Softpower. Mit der Monroe-Doktrin des Jahres 1823 hatte Washington in Abgrenzung zu den europäischen Regierungssystemen einseitig seinen Herrschaftsanspruch in der Westlichen Hemisphäre angemeldet und in den folgenden Jahrzehnten ihre Hegemonialstellung in Lateinamerika ausgebaut. Mit dem Ende des 19. Jahrhunderts formalisierten Open Door Policy verfolgten die USA

<sup>4</sup> Vgl. VIEHRIG, Propheten der Expansion.

<sup>5</sup> Vgl. ABRAMOVITZ, American Macroeconomic Growth 77.

<sup>6</sup> Vgl. GALLMAN, Economic Growth 1-56.

im Wesentlichen zwei Ziele. Einmal die Erschließung von Absatzmärkten in der Überzeugung, dass sich aufgrund der amerikanischen Produktionskraft der amerikanische Handel bei formaler Gleichstellung mit den Konkurrenten als überlegen erweisen werde. Zum andern wurde das Ziel verfolgt, mit der amerikanischen ökonomischen Überlegenheit indirekt-informell politisch Einfluss zu nehmen, also die Etablierung eines Informal Empire.

Als ultima ratio war Washington auch bereit, zum Mittel der bewaffneten Intervention zu greifen. Der spanisch-amerikanische Krieg von 1898 verdeutlicht dies. Der Friedensvertrag von Paris vom 10. Dezember 1898 brachte den USA zahlreiche territoriale Zugewinne: Kuba, Puerto Rico, Guam und die Philippinen. Das sich hier manifestierende imperiale Ausgreifen hat in den USA zu einer Debatte über Zielsetzungen, Methoden, Wirkungen und Legitimierung der überseeischen Expansion geführt. Im amerikanischen Selbstverständnis handelte es sich bei dem Griff nach den genannten überseeischen Territorien allerdings nicht um Imperialismus, denn im Gegensatz zum europäischen Imperialismus zielte die amerikanische Politik nicht auf Flächenkolonien oder koloniale Ausbeutung. Die Inseln hatten vielmehr die Funktion einer strategischen Absicherung der überseeischen ökonomischen Expansion und der Etablierung eines amerikanischen Informal Empire. In subtiler Weise wurden die aus der amerikanischen Revolution resultierende antikoloniale Tradition und die indirekt-informelle Form des amerikanischen Imperiums

verknüpft. Das ermöglichte eine auch ideologische Frontstellung zum Imperialismus der europäischen Staaten. Mit dieser Abgrenzungspolitik verfolgte das amerikanische Imperium eine anti-imperiale Politik. Das gipfelte in einer idealisierenden Selbstdarstellung der amerikanischen Politik. Exponent dieser Idealisierung der amerikanischen Außenpolitik als vermeintlich altruistisch ist Woodrow Wilson. Amerika sei „the only national idealistic force in the world, and idealism is going to save the world“.<sup>7</sup> Angesichts derartiger Bekundungen muss daran erinnert werden, dass auch Präsident Wilson entschlossener Befürworter einer ökonomisch begründeten globalen Expansion war. So erklärte er im Wahlkampf 1912: „Our industries have expanded to such a point that they will burst their jackets if they cannot find a free outlet to the markets of the world. [...] Our domestic markets no longer suffice. We need foreign markets.“<sup>8</sup> Wilson forderte einen gerechten Anteil am Welthandel. Auch während seiner Präsidentschaft hat er die Notwendigkeit zur Erschließung der Weltmärkte mit dem Hinweis auf die heimische Überproduktion nicht nur im Agrar- und Rohstoffsektor sondern auch in der Industrie thematisiert. „But it happened that American production [...] burst its jacket. It could not any longer be taken care of within the field of domestic markets.“<sup>9</sup> Angesichts dieser Position überrascht es nicht, dass Wilson die Ursachen des europäischen Krieges primär ökonomisch interpretierte. So stellte er rückblickend fest: „This war, in its inception was a commercial and industrial war.“<sup>10</sup>

<sup>7</sup> Woodrow Wilson, Address at the Opera House (Marlow Theater) in Helena, Montana, 11. 9. 1919, in: APP, <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/address-the-opera-house-marlow-theater-helena-montana> (abgerufen am: 21. 4. 2019).

<sup>8</sup> Speech of Governor Wilson accepting the Democratic nomination for president of the United States. Together with the speech of notification delivered by Hon. Olle M. James at Segirt, N.J., August 7, 1912,

Washington/DC 1912, 19, <https://babel.hathitrust.org/cgi/pt?id=mdp.39015059479041;view=1up;seq=23> (abgerufen am: 20. 8. 2019).

<sup>9</sup> Woodrow Wilson, Address Before the Grain Dealers Association in Baltimore, Maryland, 25.9.2916, in: APP, <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/address-before-the-grain-dealers-association-baltimore-maryland> (abgerufen am: 15. 2. 2019).

<sup>10</sup> Woodrow Wilson, Address at the Coliseum in St. Louis, Missouri, 5. 9. 1919, in: APP,

### 3. „America first“ und „safe for democracy“

#### Neutralität und Intervention 1914–1917

Nach dem Beginn des Krieges in Europa hatten sich die USA im August 1914 für neutral erklärt.<sup>11</sup> Sein Bekenntnis zur Neutralität brachte Wilson im April 1915 auf die Formel „America first“. „Let us think of America first before we think of Europe, in order that America may be fit to be Europe’s friend when the day of tested friendship comes.“<sup>12</sup> Gegenwärtig sei der Prüfstein der Freundschaft nicht Sympathie für die eine oder andere Seite; vielmehr gehe es darum, sich darauf vorzubereiten, nach dem Ende des Kampfes beiden Seiten helfen zu können. Neutralität bedeute nicht Gleichgültigkeit oder Eigennutz, Neutralität bedeute Sympathie für die gesamte Menschheit. „The basis of neutrality is sympathy for mankind.“ Wilson vertraute auf die schweigende Mehrheit, die sich darauf vorbereite, die Pflichten Amerikas zu unterstützen; „America first“ als eine Art Selbstfindungsprozess<sup>13</sup>, an dessen Ende sich alle Amerikaner geschlossen für die ‚richtige‘ und ‚gerechte‘ Seite einsetzen würden. Es kam nicht zuletzt darauf an, die Bindestrichamerikaner und namentlich die aus Deutschland und Österreich eingewanderten ‚Neubürger‘ an ihre Loyalität gegenüber Amerika zu erinnern.<sup>14</sup>

<https://www.presidency.ucsb.edu/documents/address-the-coliseum-st-louis-missouri> (abgerufen am: 21. 4. 2019).

<sup>11</sup> Woodrow Wilson, Message on Neutrality, 19. 8. 1914, in: APP, <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/message-neutrality> (abgerufen am: 21. 4. 2019).

<sup>12</sup> Woodrow Wilson, Address at the Associated Press Luncheon in New York City, 20. 4. 1915, in: APP, <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/address-the-associated-press-luncheon-new-york-city> (abgerufen am: 21. 4. 2019).

<sup>13</sup> Vgl. auch Woodrow Wilson, Address at Topeka Auditorium in Topeka, Kansas, 2. 2. 1916, in: APP, <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/address-the-topeka-auditorium-topeka-kansas> (abgerufen am 2. 4. 2019).

Im Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 1916 hat das Wahlkampfteam der Demokraten es als Erfolg seiner Politik herausgestrichen, dass es Wilson gelungen sei, die USA aus dem Krieg herauszuhalten: „our great President [...] kept us out of war“.<sup>15</sup> Wilson machte allerdings bereits während des Wahlkampfes deutlich, dass Amerika auf Dauer nicht werde abseits stehen können, schließlich eine aktive Rolle in der Weltpolitik übernehmen müsse. „We can no longer indulge our traditional provincialism. We are to play a leading part in the world drama whether we wish or not. We shall lend, not borrow, act for ourselves, not imitate or follow, organize and initiate, not peep about merely to see where we may get in.“<sup>16</sup> In diesem Sinne war es für Wilson eine Selbstverständlichkeit, dass die Vereinigten Staaten bei der Gestaltung der Nachkriegsordnung maßgeblich beteiligt sein müssten. Zu Beginn des Jahres 1917 skizzierte er Grundlinien der Architektur einer globalen Weltordnung. Die demokratischen Grundsätze, für die die USA seit ihrer Staatsgründung eingetreten seien, gelte es weltweit durchzusetzen. Zu den amerikanischen Prinzipien von Freiheit und Selbstbestimmung gebe es keine Alternative, denn sie seien allgemeine Menschenrechte. „We could stand for no others. And they are also the principles and poli-

<sup>14</sup> Woodrow Wilson, Address to the Daughters of the American Revolution, 11. 10. 1915, in: APP,

<https://www.presidency.ucsb.edu/documents/address-the-daughters-the-american-revolution-0> (abgerufen am: 2. 4. 2019).

<sup>15</sup> 1916 Democratic Party Platform, 14. 6. 1916, in: APP, <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/1916-democratic-party-platform> (abgerufen am: 2. 4. 2019).

<sup>16</sup> Woodrow Wilson, Address at Sea Girt, New Jersey, Accepting the Democratic Nomination for President, 2. 9. 1916, in: APP <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/address-sea-girt-new-jersey-accepting-the-democratic-nomination-for-president> (abgerufen am: 20. 8. 2018).

cies of forward looking men and women everywhere in every modern nation, of every enlightened community. They are the principles of mankind and must prevail.”<sup>17</sup> Der Anspruch Washingtons auf universale Gültigkeit amerikanischer Ordnungsvorstellungen manifestierte sich in der Anfang 1917 vorgetragene Forderung des Präsidenten nach einer Globalisierung der Monroe-Doktrin, „the doctrine of the world“.<sup>18</sup> Wilson hatte sich programmatisch klar gegenüber den autokratischen Mittelmächten positioniert, so dass man allenfalls von einer formalen Neutralität sprechen kann. Hinzu kam die normative Kraft des Faktischen. Bereits im ersten Kriegsjahr hatten sich die Handels- und Finanzbeziehungen vor allem zu Großbritannien intensiv ausgeweitet.<sup>19</sup> Der Kriegseintritt der USA an der Seite der Entente war nur noch eine Frage der Zeit. Die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges durch das Deutsche Reich war dann der Anlass für die amerikanische Kriegserklärung an Deutschland. In seiner Kriegsbotschaft an den Kongress vom 2. April 1917 prägte Wilson dann die berühmt gewordene Formel: „The world must be made safe for democracy.“<sup>20</sup>

#### 4. Zerschlagung Österreich-Ungarns als Kriegsziel der USA

Zur amerikanischen Position gegenüber Österreich-Ungarn waren die Ausführungen des Präsidenten überaus ambivalent: einerseits habe

Wien die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges unterstützt, andererseits habe sich Österreich-Ungarn jeder Kriegshandlungen zur See gegen amerikanische Bürger enthalten. Wilson hielt es daher für angebracht, eine Entscheidung über eine Kriegserklärung der USA an Österreich-Ungarn zu vertagen: „We entered this war only where we are clearly forced into it because there are no other means of defending our rights.“<sup>21</sup> Diese zunächst zurückhaltende Position gegenüber Österreich-Ungarn war auch von der Hoffnung begleitet, zwischen Berlin und Wien Gegensätze erzeugen und verstärken zu können, sogar die Möglichkeit eines Separatfriedens wurde diskutiert. Die zahlreichen und zum Teil intensiven Kontakte zwischen Washington und Wien, Kurt Bednar hat seiner hierzu vorgelegten umfangreichen Untersuchung den Titel „Papierkrieg“<sup>22</sup> gegeben, liefen ins Leere, weil für Wien eine Lockerung des Bündnisses mit Berlin offensichtlich nie ernsthaft zur Debatte stand. So kann es nicht überraschen, dass die amerikanische Regierung ihre nach außen hin konzilient erscheinende Position gegenüber Wien in der zweiten Jahreshälfte 1917 aufgegeben hat.

Am 7. Dezember 1917, acht Monate nach der amerikanischen Kriegserklärung an Deutschland, erklärten die USA auch Österreich-Ungarn den Krieg.<sup>23</sup> Im Wesentlichen fünf Gründe sind hierfür zu nennen: 1. Das Drängen der italienischen Regierung auf eine amerikanische Intervention; 2. die Veränderung der militärischen Lage nach dem Durchbruch deutsch-österrei-

<sup>17</sup> Woodrow Wilson, Address to the Senate of the United States: “A World League for Peace”, 22. 1. 1917, in: APP, <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/address-the-senate-the-united-states-world-league-for-peace> (abgerufen am: 21. 4. 2019).

<sup>18</sup> Ebd.

<sup>19</sup> Vgl. FLOYD, American Neutrality.

<sup>20</sup> Woodrow Wilson, Address to a Joint Session of Congress Requesting a Declaration of War Against Germany, 2. 4. 1917, in: APP, <https://www.presi->

[dency.ucsb.edu/documents/address-joint-session-congress-requesting-declaration-war-against-germany](https://www.presidency.ucsb.edu/documents/address-joint-session-congress-requesting-declaration-war-against-germany) (abgerufen am: 20. 08. 2018).

<sup>21</sup> Ebd.

<sup>22</sup> BEDNAR, Papierkrieg; vgl. auch HORCICKA, Relationship 1918, DERS., Bilateral Relationship.

<sup>23</sup> Zur Genesis der Entscheidung vgl. HORCICKA, Relationship 1918, 68-70; DERS., Bilateral Relationship 1917, 287-294, PATRICK, Ottomans, 896-899.

chisch-ungarischer Truppen durch die italienischen Linien bei Caporetto am 24. Oktober 1917; 3. die innenpolitische Kritik, etwa durch Ex-Präsident Theodore Roosevelt<sup>24</sup>, an der zögerlichen Haltung Wilsons gegenüber Österreich-Ungarn und dem Osmanischen Reich; 4. die innerhalb der Wilson Administration wachsende Überzeugung einer totalen Abhängigkeit Österreich-Ungarns von der Reichsregierung in Berlin, die sich Wilson im November 1917 zu eigen machte: „Germany has absolute control of Austria-Hungary.“<sup>25</sup>; 5. die Zerschlagung Österreich-Ungarns als ultimatives Kriegsziel Wilsons.

Was fehlte, war ein konkreter Anlass für eine Kriegserklärung. Die Rechtsabteilung des State Department (Counselor of the Department of State) gab zu bedenken, dass seit der amerikanischen Kriegserklärung an Deutschland nichts darauf hindeute, dass Österreich-Ungarn die Rechte amerikanischer Staatsbürger verletzt habe.<sup>26</sup> Derartige legalistische Einwände änderten nichts an der Entschlossenheit Wilsons. In seiner Jahresbotschaft vom 4. Dezember 1917 begründete er dann seine Entscheidung zur Kriegserklärung mit der erwähnten Abhängigkeit Wiens von Berlin. Außerdem sprach er der Regierung in Wien jede Legitimität ab, weil sie sich nicht an den Wünschen und Gefühlen der Bevölkerung Österreich-Ungarns orientiere: „The government of Austria-Hungary is not acting upon its own initiative or in response to the wishes of its own peoples but as the instrument of another nation. We must meet its force with our own and regard the Central Powers as but one.“<sup>27</sup>

Österreich-Ungarn hatte im globalen politisch-strategischen und ökonomischen Kalkül Wilsons einen von der historischen Forschung bisher zu wenig beachteten zentralen Stellenwert. Das belegt eine Rede Wilsons vom Juni 1917. Bereits das Ultimatum Wiens an Serbien vom 23. Juli 1914 sei ein Schritt zur Bildung eines europäisch-asiatischen Kontinentalimperiums („from Berlin to Bagdad“) unter der Führung Berlins gewesen.“<sup>28</sup> „Their plan was to throw a broad belt of German military power and political control across the very centre of Europe and beyond the Mediterranean into the heart of Asia; and Austria-Hungary was to be as much their tool and pawn as Servia or Bulgaria or Turkey or the ponderous states of the East. Austria-Hungary, indeed, was to become part of the central German Empire, absorbed and dominated by the same forces and influences that had originally cemented the German states themselves. The dream had its heart at Berlin. It could have had a heart nowhere else! It rejected the idea of solidarity of race entirely. The choice of peoples played no part in it at all. It contemplated binding together racial and political units which could be kept together only by force, —Czechs, Magyars, Croats, Serbs, Roumanians, Turks, Armenians, —the proud states of Bohemia and Hungary, the stout little commonwealths of the Balkans, the indomitable Turks, the subtle peoples of the East. These peoples did not wish to be united.“<sup>29</sup>

Angesichts dieser fundamentalen Fragen wirken die in deutschen Friedensführern angesprochenen westeuropäischen Streitfragen auf Wilson wie ein Ablenkungsmanöver. Gespräche über

<sup>24</sup> ROOSEVELT, *Difficult Question*.

<sup>25</sup> Woodrow Wilson, *Address to the American Federation of Labor*, Buffalo, New York, „Labor Must Be Free“, 12. 11. 1917, in: APP <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/address-the-american-federation-labor-convention-buffalo-new-york-labor-must-be-free> (abgerufen am: 20. 8. 2018).

<sup>26</sup> Vgl. HORCICKA *Relationship 1918*, 70.

<sup>27</sup> Woodrow Wilson, *Fifth Annual Message*, 4. 12. 1917, in: APP,

<https://www.presidency.ucsb.edu/documents/fifth-annual-message-6> (abgerufen am: 20. 8. 2018).

<sup>28</sup> Woodrow Wilson, *Address on Flag Day*, 14. 6. 1917, in: APP, <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/address-flag-day> (abgerufen am: 20. 8. 2018).

<sup>29</sup> Ebd.

Belgien, Nordfrankreich oder Elsass-Lothringen seien zwar sehr interessant, hier liege aber nicht das zentrale Problem. Wilson rief dazu auf, einen Blick auf die Landkarte zu werfen: „Take the map and look at it. Germany has absolute control of Austria-Hungary, practical control of the Balkan States, control of Turkey, control of Asia Minor. [...] If she can keep that, her power can disturb the world as long as she keeps it, always provided, for I feel bound to put this proviso in, always provided the present influences that control the German Government continue to control it.“<sup>30</sup>

Ein von Deutschland dominiertes interkontinentales Machtgefüge war für die USA in mehrfacher Hinsicht eine grundlegende Herausforderung. Ein eurasisches Imperium war zunächst eine Kampfansage an die „Open Door Policy“. Hinzu kam mittel- und langfristig die strategisch-sicherheitspolitische Bedrohung durch ein von Berlin beherrschtes Imperium. Schließlich war dieses autokratisch geführte Imperium eine grundlegende Herausforderung amerikanischer Ordnungsprinzipien, sowohl für die Organisation der Staaten untereinander als auch für deren innere Verfasstheit, das Prinzip der Selbstbestimmung. Dieses Imperium stand mithin in mehrfacher Hinsicht zu der von Wilson anvisierten internationalen Ordnung in diametralem Gegensatz.

## 5. Wilsons Konzept einer liberal kapitalistischen Weltordnung

Am ausführlichsten hat Wilson seine Kriegs- und Friedensziele in seinen berühmten Vierzehn Punkten Anfang Januar 1918 proklamiert.<sup>31</sup> Hier werden im Wesentlichen vier Komplexe behandelt: Allgemeine Grundsätze der internationalen Beziehungen wie Freiheit der Meere, Politik der Offenen Tür im internationalen Handel, Abrüstung und Absage an jede Geheimdiplomatie, territoriale Fragen und eng damit verknüpft die Forderung nach weitgehender Selbstbestimmung der Völker und schließlich die Forderung nach Gründung eines Völkerbundes als Garant für politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität großer wie kleiner Staaten. In den folgenden Monaten hat der Präsident seine Vorstellungen ergänzt und zum Teil präzisiert. So im Februar 1918 in einer Rede zu den internationalen Beziehungen vor dem amerikanischen Kongress, als er die fundamentale Bedeutung des Selbstbestimmungsrechts klarstellte: „Self-determination' is not a mere phrase. It is an imperative principle of action.“<sup>32</sup>

Kristallisationspunkt der zeitgenössischen Beurteilung und der historischen Analyse sind vor allem die Vierzehn Punkte. Wilson hat das hier formulierte Friedensprogramm als alternativlos bezeichnet, „the only possible program“.<sup>33</sup> Mit dem Hinweis darauf, dass die USA keinerlei territoriale Forderungen stellen würden, ist dieses Friedensprogramm von Wilson und seinen Interpreten wiederholt als altruistisch dargestellt wor-

<sup>30</sup> Woodrow Wilson, Address to the American Federation of Labor Convention, Buffalo, New York: „Labor Must Be Free“, 12. 11. 1917, in: APP, <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/address-the-american-federation-labor-convention-buffalo-new-york-labor-must-be-free> (abgerufen am: 15. 8. 2018).

<sup>31</sup> Woodrow Wilson, Address to a Joint Session of Congress on the Conditions of Peace, 8. 1. 1918, in: APP, <https://www.presi->

[dency.ucsb.edu/documents/address-joint-session-congress-the-conditions-peace-the-fourteen-points](https://www.presidency.ucsb.edu/documents/address-joint-session-congress-the-conditions-peace-the-fourteen-points) (abgerufen am 2. 4. 2019).

<sup>32</sup> Woodrow Wilson, Address to Congress on International Order, 11. 2. 1918, in: APP, <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/address-congress-international-order> (abgerufen am: 2. 4. 2019).

<sup>33</sup> Siehe Anm. 31.

den. Es ist jedoch verfehlt, die von Wilson ausgeführte Demokratisierung der Welt als idealistisch motivierten Selbstzweck zu deuten. Die Durchsetzung amerikanischer Ordnungsvorstellungen ist auch Mittel zur Durchsetzung amerikanischer Eigeninteressen. Bei formaler Gleichheit der Staaten und der internationalen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen, so die Überlegung der amerikanischen Führungseliten, würden sich die USA aufgrund ihres ökonomischen Potenzials als überlegen erweisen. Hegemonie durch Demokratie.<sup>34</sup>

In dieser von den USA dominierten liberalen Weltordnung war für die österreich-ungarische Doppelmonarchie kein Platz, wie bereits Punkt Zehn der Vierzehn Punkte deutlich macht: „The peoples of Austria-Hungary, whose place among the nations we wish to see safeguarded and assured, should be accorded the freest opportunity of autonomous development.“<sup>35</sup> Innerhalb der amerikanischen Regierung ventilierte Pläne für eine Föderalisierung Österreich-Ungarns erwiesen sich vor diesem Hintergrund als kurzlebig. Im Juni 1918 beendete Wilson diese Diskussion mit der Feststellung: „we can no longer respect or regard the integrity of the artificial Austrian Empire“.<sup>36</sup>

## 6. Wilson in Paris 1919

Bei der Realisierung dieser liberalen Weltordnung stand Wilson vor einer Herkulesaufgabe. Es galt die Machtansprüche Großbritanniens, Frankreichs und Italiens in Grenzen zu halten, ein demokratisches Deutschland in das europäische Staatensystem zu reintegrieren, die Desin-

tegration Österreich-Ungarns in friedliche Bahnen zu lenken, die bolschewistische Gefahr abzuwehren und schließlich im eigenen Land Regierung und Öffentlichkeit hinter sich zu bringen. Wilson war sich der vor ihm liegenden Schwierigkeiten bewusst. Daher entschloss er sich, persönlich an der Pariser Friedenskonferenz teilzunehmen. Wilson hielt sich insgesamt fünfeinhalb Monate in Europa auf (13. Dezember 1918 bis 14. Februar 1919 und 14. März bis 28. Juni 1919). Die Bevölkerung in Europa knüpfte an das Wilsonsche Friedensprogramm und an seine Präsenz auf der Konferenz große Erwartungen. Das zeigte sich in den Reaktionen der westeuropäischen Öffentlichkeit. Bei seiner Ankunft in Paris bereiteten ihm zunächst die Franzosen einen triumphalen Empfang.<sup>37</sup> Auch seine Besuche in Großbritannien Ende Dezember 1918 und Italien Anfang 1919 wurden von der Bevölkerung überaus positiv aufgenommen. Nach vier Jahren Krieg wurde die Anwesenheit des amerikanischen Präsidenten mit der Hoffnung auf die Realisierung des von Wilson formulierten Postulats eines dauerhaften Frieden verknüpft.

Während der Pariser Friedenskonferenz wurde Wilson schnell mit europäischen machtpolitischen Realitäten konfrontiert. Zahlreiche Faktoren begrenzten seine Einflussmöglichkeiten. Das zeigte schon die Tatsache, dass sich seine Hoffnung auf den Vorsitz der Konferenz nicht erfüllte. Den französischen Sicherheitsinteressen hatte er nur wenig entgegenzusetzen. Die amerikanische Intervention hatte zwar den militärischen Sieg der Westmächte entschieden. Nach den Waffenstillständen war das militärische Gewicht der USA aber naturgemäß relativiert. Überdies riet seine Furcht vor bolschewistischen Revolutionen zu Kompromissen mit den anderen

<sup>34</sup> Bahnbrechen hierzu WILLIAMS, *Tragedy* und in dessen Nachfolge z.B. LAFEBER, *New Empire*, WEHLER, *Imperialismus*.

<sup>35</sup> Siehe Anm. 31.

<sup>36</sup> Woodrow Wilson an Robert Lansing, 26. 6. 1918, in: PWW 48, 435, vgl. HORCICKA *Relationship 1918*, 84f., BEDNAR, *Papierkrieg* 302.

<sup>37</sup> Vgl. die Stummfilme in: National Archives, College Park/MD; Nr. 111.H.1230, [https://www.youtube.com/watch?v=pWRnV1y\\_JTQ](https://www.youtube.com/watch?v=pWRnV1y_JTQ), Nr. 111.H.1234 <https://www.youtube.com/watch?v=CrQsTsP4mRs>, Nr. 111.H.1235, <https://www.youtube.com/watch?v=VxfA4HiIchQ> (alle abgerufen am: 10. 03. 2019).



Siegermächten. Überdies fehlte es dem Präsidenten offenbar an Verhandlungsgeschick. Überdies schienen die anderen drei Hauptsiegermächte durch die frühe Verabschiedung der Völkerbundssatzung, einem Kernstück der Wilsonschen Friedenspolitik, entgegengekommen zu sein. Auch dies förderte die Kompromissbereitschaft des Präsidenten, weil der Völkerbund die Möglichkeit zur Revision der in Paris getroffenen Vereinbarungen zu eröffnen schien.

So kann es nicht überraschen, dass vor allem die französischen Sicherheitsinteressen dominierten. Das zeigte sich in den in Versailles geführten Verhandlungen über Deutschland, die zunächst im Mittelpunkt standen. Das Ergebnis hat sich im Friedensvertrag von Versailles vom 28. Juni 1919 niedergeschlagen. In der historischen Forschung wie in der Erinnerungskultur war und ist Versailles derart dominierend, dass Versailles zum Synonym aller in Paris abgeschlossenen Verträge geworden ist. Das spiegelt sich übrigens auch im Titel der umfassenden kritischen Untersuchung über das Pariser Vertragssystem, die unlängst Eckart Conze vorgelegt hat.<sup>38</sup> So ist es zu begrüßen, dass die Österreichische Akademie der Wissenschaften und die Universität Innsbruck hier gegensteuert und dem Vertrag von Saint Germain eine wichtige Konferenz gewidmet haben, deren Beiträge den Vertrag aus unterschiedlichen Perspektiven analysieren. Aus der Fülle der aufgeworfenen Fragen soll hier eine aufgegriffen werden, die das von Wilson proklamierte Prinzip der Selbstbestimmung betrifft. An zwei Beispielen, den ökonomischen Folgen von Saint Germain und der Festlegung der österreichisch-italienischen Grenze soll die Widersprüchlichkeit der Wilsonschen Politik gegenüber Österreich exemplarisch verdeutlicht werden.

## 7. Ökonomische Folgen von Saint Germain

Bei der Diskussion der wirtschaftlichen Folgen der Pariser Verträge steht der Versailler Vertrag im Zentrum der Diskussion. Tonangebend war und ist hier zunächst John Maynard Keynes mit seinen 1919 publizierten „The Economic Consequences of the Peace“. Bei Keynes steht Deutschland zwar ganz im Mittelpunkt, er formuliert jedoch auch deutliche Kritik an dem der jungen österreichischen Republik diktierten Friedensvertrag. Er werde der desperaten wirtschaftlichen Situation und der gesellschaftlichen Zerrüttung („miseries of life and the disintegration of society“) keineswegs gerecht. „The terms of the Peace Treaty imposed on the Austrian Republic bear no relation to the real facts of that state`s desperate situation.“<sup>39</sup>

Keynes zitiert in diesem Kontext einen Kommentar der Wiener Arbeiter-Zeitung mit dem Titel: „Schnöde Erbarmungslosigkeit“. Niemals habe der Inhalt eines Vertrages, so der Kommentar, „die Absichten, die bei dessen Gestaltung gewaltet haben sollten, so gröblich verläugnet [!]“. Jede Bestimmung des Vertrages sei „durchtränkt“ von „Rücksichtslosigkeit und Erbarmungslosigkeit“. Es sei „kein Hauch menschlichen Mitgefühls zu spüren“. Im Vertrag werde „alles verleugnet, was Menschen an Menschen bindet“, er sei ein „Verbrechen an der Menschheit selbst“.<sup>40</sup> Er sei mit dem Vertrag von Saint Germain vertraut und zum Teil bei den Verhandlungen zugegen gewesen, so Keynes, daher könne er dem Urteil der Zeitung nicht widersprechen.<sup>41</sup>

Ausführlicher kritisierte der in London erscheinende „Economist“ Anfang 1921 den Vertrag von Saint Germain und namentlich die ökonomischen Folgen der territorialen Zerstückelung Öster-

<sup>38</sup> Vgl. CONZE, Grosse Illusion.

<sup>39</sup> KEYNES, Economic Consequences 142.

<sup>40</sup> Schnöde Erbarmungslosigkeit, in: Arbeiter-Zeitung, Nr. 153 v. 4. 6. 1919, 1.

<sup>41</sup> KEYNES, Economic Consequences, 142.

reich-Ungarns. Von den einst 51 Millionen Einwohnern Österreich-Ungarns seien der jungen Republik lediglich 6 Millionen verblieben. „We find here a soul without a body.“<sup>42</sup> Überdies habe Österreich große territoriale Verluste hinnehmen müssen. Es könne daher nicht überraschen, dass dies zu großen wirtschaftlichen Turbulenzen führte zumal durch Saint Germain auch der freie Handel der Republik drastisch behindert werde. „The Peace Treaty has made her dependent on other countries, and has at the same time rendered trade very difficult.“<sup>43</sup> Die zahlreichen Handelshemmnisse müssten beseitigt werden, damit Österreich die Wirtschaft ankurbeln und wieder am internationalen Warenverkehr teilnehmen könne. Österreich wolle keine Almosen, sondern Aufhebung der Handelsbeschränkungen als Voraussetzung für die Reintegration in die Staatengemeinschaft. „Austria begs for the means, which will enable her to win back the position she so long occupied among the nations of the world.“<sup>44</sup>

Ähnlich argumentierte auch Keynes in seiner 1922 erschienen Ergänzung zu den „Economic Consequences“ mit einer positiven Zukunftsperspektive für Österreich. Die junge Republik benötige eine Anschubfinanzierung zur ökonomischen Rekonstruktion, um eine konstruktive Position in Europa einnehmen zu können: „Austria’s problems are well known and attract general sympathy. The Viennese were not made for tragedy; the world feels that, and there is none so bitter as to wish ill to the city of Mozart. Vienna has been the capital of degenerate greatness, but, released from imperial temptations, she is now free to fulfill her true role of providing for a quarter-part of Europe the capital of commerce and the arts. Somehow she has laughed and cried her

way through the last two years; and now [ ] a very little help will be enough.“<sup>45</sup>

Diese kritischen Stellungnahmen zeigen deutlich, dass der Vertrag von Saint Germain jeder ökonomischen Logik entbehrte. Die politischen Ziele standen ganz im Vordergrund. Die Interdependenz von ökonomischer und politischer Stabilität spielte bei den politischen Akteuren in Paris in Bezug auf Österreich keine Rolle. Von amerikanischer Seite hätte man eine Berücksichtigung ökonomischer Faktoren insofern erwartet, „als in der inneramerikanischen Diskussion die ökonomischen Dimensionen einer politischen Stabilität immer präsent waren. Dieses Versäumnis hat Präsident Wilson persönlich zu verantworten. Hier wird auch deutlich, dass die ungeachtet der mit missionarischem Eifer verkündete Formel von der Selbstbestimmung die Frage nach der ökonomischen Lebensfähigkeit, die Wilson für die sogenannten Nachfolgestaaten postulierte, in Bezug auf Österreichs für ihn keine Rolle spielte.

## 8. Südtirol:

### Grenze(n) der ‚Selbstbestimmung‘

Noch deutlicher manifestiert sich die Diskrepanz zwischen dem von Wilson proklamierten allgemeinen Recht auf Selbstbestimmung und den Realitäten von Saint Germain in der Festlegung der Grenzen Österreichs. Die Festlegung der österreich-italienischen Grenze macht dies besonders deutlich. In dem Österreich-Ungarn direkt betreffenden Punkt 10 der Vierzehn Punkte ist als allgemeine Forderung formuliert, dass die Völker Österreich-Ungarns die Möglichkeit zu einer weitgehend autonomen Entwicklung erhalten sollten („should be accorded the freest opportunity of autonomous development“). Österreich

<sup>42</sup> The Austrian Problem, in: *Economist* 92, Nr. 4044 v. 26. 2. 1921, 463.

<sup>43</sup> Ebd. 464.

<sup>44</sup> Ebd.; vgl. auch: The Economic Position of German Austria, in: *Economist* 92, Nr. 4050 v. 9. 4. 1921, 721f.

<sup>45</sup> KEYNES, Revision of the Treaty 191.

betreffende Grenzfragen wurden indirekt angesprochen, wie in Punkt 9. Die künftigen Grenzen Italiens sollten sich an klar erkennbaren Linien der Nationalitäten orientieren („should be affected along clearly recognizable lines of nationality“).<sup>46</sup>

Während der Verhandlungen prallten jedoch das Wilsonsche Prinzip der Selbstbestimmung und machtpolitische Ansprüche aufeinander. In dem Londoner Geheimvertrag vom 26. April 1915 hatten, Frankreich, Großbritannien und Russland den Kriegseintritt Italiens durch das Versprechen auf Gebietserwerbungen aus der österreich-ungarischen Konkursmasse erkaufte, unter anderem einen Teil Tirols südlich des Brennerpasses.<sup>47</sup> Berater Wilson waren alarmiert. Der amerikanische Historiker und Diplomat Archibald Coolidge, der sich auf einer Erkundungsreise in Österreich befand, fasste die unterschiedlichen Positionen im April 1919 pointiert zusammen: „In no question of boundary at present under discussion have we more clearly the principles of history, nationality and self-determination on the one side and strategic and imperialistic considerations on the other.“<sup>48</sup>

Das von Rom angeführte militärisch-strategische Argument für die Brenner-Grenze wies Coolidge mit dem Hinweis zurück, dass die Südgrenze die strategischen Interessen Italiens befriedigen könne („a perfectly satisfactory southern frontier“). Sprachgrenze und geographische Grenze seien überdies deckungsgleich. Aus historischer Perspektive bleibe festzuhalten, dass die Bevölkerung Südtirols seit hunderten von Jahren deutschsprachig sei. Hinzu komme die wirtschaftliche Ausrichtung Südtirols nach Norden. Schließlich seien in Bezug auf Südtirol die extrem

starken emotionalen Bindungen nicht nur der Deutsch-Österreicher sondern aller Deutscher zu bedenken. Hunderttausende würden jedes Jahr Südtirol besuchen, sein Verlust müsse tief sitzende Verbitterung hervorrufen.

Als besonders schwerwiegendes Argument gegen eine Angliederung Südtirols nannte Coolidge das von Wilson proklamierte Prinzip der nationalen Selbstbestimmung: „But the strongest argument of all is [...] that to give the German South Tyrol to Italy would be as frank a departure from the principle of national self-determination as it is easy to conceive and would be judged accordingly.“<sup>49</sup> Im März hatte Coolidge auch auf die emotionalen Langzeitwirkungen bei den Österreichern verwiesen: „[...] these Tyrolese should remain united with the brethren in the north and not be put under a hated alien rule. [...] the loss of this beautiful and poetic territory would never be forgiven“.<sup>50</sup>

Mitte April 1919 beschäftigte sich Wilson in einem später veröffentlichten Memorandum ausführlich mit den künftigen Grenzen Italiens. Im Mittelpunkt stand die Festlegung der italienischen Ostgrenze.<sup>51</sup> Er war nicht bereit, die Italien im Londoner Vertrag von 1915 zugestandenen Territorien pauschal zu akzeptieren. Durch die Auflösung Österreich-Ungarns sei eine neue Lage entstanden. Die legitimen Rechte der neu entstandenen Staaten auf Selbstbestimmung dürften nicht durch italienische Gebietsansprüche unterlaufen werden. Angesichts der großen Intensität, mit der sich Wilson den Details künftiger Grenzen im adriatischen Raum widmet und seinen Vorbehalten gegen den Londoner Vertrag überrascht es, wie bedenkenlos er bereit war,

<sup>46</sup> Siehe Anm. 31.

<sup>47</sup> The Treaty of London, (1915), in: World War I Document Archive, [https://wwi.lib.byu.edu/index.php/The\\_Treaty\\_of\\_London\\_\(1915\)](https://wwi.lib.byu.edu/index.php/The_Treaty_of_London_(1915)) (abgerufen am: 1. 4. 2019).

<sup>48</sup> Archibald Cary Coolidge to the American Commissioners, 7. 4. 1919, in: PWW 57, 96

<sup>49</sup> Ebd. 97.

<sup>50</sup> Memorandum by Professor A.C. Coolidge: The New Frontiers in Former Austria-Hungary, 20. 3. 1919, in: FRUS, The Paris Peace Conference, 1919, 12, 277.

<sup>51</sup> Vgl. REISSER, Black Book 93-100.

die in diesem Vertrag fixierte Nordgrenze Italiens zu akzeptieren.<sup>52</sup> „Personally, I am quite willing that Italy should be accorded along the whole length of her Northern Frontier and wherever she comes into contact with Austrian territory all that was accorded to her in the so-called Pact of London.“<sup>53</sup> Offenbar sah Wilson in dieser Konzession an Rom einen Hebel, um in der Fiume-Frage den italienischen Annexionsforderungen ungeachtet der von der italienischen Regierung beschworenen Gefahren einer sozialen Revolution in Italien<sup>54</sup> umso entschlossener entgegenzutreten.

Freilich ändert das nichts an der Tatsache, dass Wilsons Zustimmung zur italienischen Annexion in krassem Widerspruch steht zu seinen Bekundungen zum Verlauf der italienisch-österreichischen Grenze nach dem Krieg und ganz allgemein zu dem von ihm proklamierten Selbstbestimmungsrecht. Diese Widersprüchlichkeit und die daraus für Wilson resultierenden potenziellen innenpolitischen Probleme in den USA hat der britische Außenminister Balfour in einem Gespräch mit Vertretern der Signatarmächte des Londoner Vertrages, Frankreich, Großbritannien und Italien, auf den Punkt gebracht, um den italienischen Premierminister Orlando zum Einlenken in der Fiume-Frage zu bewegen: „We must take into account the difficulty in which President Wilson finds himself. He will have to justify himself before American public opinion for having consented to the Annexation of the entire southern Tyrol to Italy, including the German valleys.“<sup>55</sup> Generell gelte es zu bedenken, so Premierminister Lloyd George, dass Präsident Wilson in den Pariser Verhandlungen den Entente-Mächten viel weiter entgegengekommen sei, als zu erwarten war. Fraglos entstünde eine ernste Situation, falls die USA den geplanten Vertrag

mit Österreich nicht unterzeichnen würden. Die Beteiligung der USA sei für den Wiederaufbau Europas von essentieller Bedeutung „I do not see how Europe can put itself back in working order if the United States does not put oil in the machine. [...] it is essential that America remain with us all the way. It was difficult to bring them to us.“<sup>56</sup>

Südtirol ist ein besonders prägnantes Beispiel für die Diskrepanz zwischen dem von Wilson proklamierten Prinzip der Selbstbestimmung und der im Vertrag von Saint Germain völkerrechtlich festgelegten politischen Wirklichkeit. Was fehlt ist eine genaue Definition von self-determination. Die wurde von Wilson nie geliefert. Den Begriff self-determination hat Wilson in seinen Reden übrigens nicht sehr oft verwandt, in den Vierzehn Punkten kommt die Formulierung nicht vor. Alternativ spricht Wilson häufig von self-government. Das Spannungsfeld zwischen self-determination und self-government eröffnete weiten Spielraum für Interpretationen.<sup>57</sup> Diesen hat Wilson entsprechend seinen jeweiligen konkreten politischen Zielen selber genutzt. Das Recht auf self-determination musste nicht, konnte aber an die Fähigkeit zu self-government gebunden werden.

Im Denken Wilsons gab es eine Hierarchisierung der Völker und Zivilisationen, wie sie sich auch in der Völkerbundssatzung findet. Art. 22 spricht von Kolonien und Gebieten, „die von solchen Völkern bewohnt werden, die noch nicht imstande sind, sich unter den besonders schwierigen Bedingungen der Welt selbst zu leiten“. Das „Wohlergehen und die Entwicklung dieser Völker“ bilde eine heilige Aufgabe der Zivilisation.<sup>58</sup>

<sup>52</sup> Zur Genesis der Entscheidung Wilsons vgl. DOTTER, WEDRAC, Hoher Preis des Friedens 114.

<sup>53</sup> Memorandum Concerning the Question of Italian Claims on the Adriatic, 14. 4. 1919, in: PPW 57, 343f.

<sup>54</sup> Vgl. Mantoux's Notes of a French-British-Italian Meetings, 21. 4. 1919, ebd. 541.

<sup>55</sup> Ebd.

<sup>56</sup> Ebd. 536.

<sup>57</sup> Vgl. CUDE, Self-determination 157; CONZE, Grosse Illusion 411f.

<sup>58</sup> ANONYMUS, Staatsvertrag von St Germain 27.

Wilson hatte mit der Proklamierung des Selbstbestimmungsrechts bei den Kolonialvölkern Erwartungen geweckt, die nicht erfüllt wurden. Zu Recht hat daher Erez Manela in seiner Untersuchung der antikolonialen nationalen Bewegungen die Frage gestellt: „Self-Determination for Whom?“<sup>59</sup> In diesem Kontext der unerfüllten Erwartungen ist auch Wilsons Haltung gegenüber den Armeniern zu nennen, die Lloyd Ambrosius unlängst besonders kritisch analysiert hat.<sup>60</sup> Die selektive Anwendung des Selbstbestimmungsrechts war für Wilson, wie die erwähnten Beispiele zeigen, offenbar kein Widerspruch zu seinem Anspruch auf Demokratisierung der Welt. Das gilt es bei der Interpretation seiner Politik gegenüber Österreich-Ungarn und der Republik Österreich zu beachten.

## 9. Saint Germain und Versailles in vergleichender Perspektive

Der Vertrag von Saint Germain war wie der Versailler Vertrag nicht das Ergebnis von Friedensverhandlungen zwischen Siegern und Besiegten. Der Vertrag von Saint Germain war ebenso wie der Versailler Vertrag ein Friedendiktat. Wilson hatte übrigens Wert darauf gelegt, dass sich der Friedensvertrag mit Österreich an denselben Grundätzen wie der Vertrag mit Deutschland orientieren müsse. Das hieß Begrenzung der Souveränität, Wiedergutmachung durch Reparationen, einseitige Handelszugeständnisse, militärische Restriktionen, territoriale Verluste, Reintegration in das internationale Staatensystem erst nach einer Art Bewährungsphase. Diese allgemeinen Zielsetzungen führten in den vertraglichen Umsetzungen für Österreich und Deutschland allerdings zu gravierenden Unterschieden, vor allem

in demographischer, territorialer und wirtschaftlicher Hinsicht. So ging die Bevölkerung in Deutschland um zehn Prozent zurück, in Österreich fiel die Bevölkerung im Vergleich zur Doppelmonarchie mit zwölf Prozent auf diese Größenordnung zurück. Diese dramatischen Unterschiede in den Bevölkerungszahlen resultierten aus den jeweiligen territorialen Verlusten. Während das Deutsche Reich dreizehn Prozent des Territoriums verlor, wurde Österreichs Territorium im Vergleich zu Doppelmonarchie drastisch auf nur noch dreizehn Prozent reduziert.<sup>61</sup>

Diese territorialen Veränderungen hatten vor allem für Österreich die bereits genannten ökonomischen Folgen: Die Zersplitterung des ehemals österreich-ungarischen Wirtschaftsraums stellte Wien vor nahezu unlösbare Probleme. Der größte Teil des ehemaligen Binnenmarkts war zum Ausland geworden. Es entstanden umfangreiche tarifäre und auch nichttarifäre Handelshemmnisse. Zudem fehlte es an politischer Bereitschaft der sogenannten Nachfolgestaaten zu einer schnellen Liberalisierung des zwischenstaatlichen Handels. Das war allerdings ein über die Staaten der ehemaligen Doppelmonarchie hinausgreifendes Problem. Genau aus diesem Grund hatte übrigens Keynes eine Art europäische Freihandelszone angeregt.<sup>62</sup>

Im Gegensatz zu Österreich verfügte Deutschland ungeachtet aller territorialen Einbußen und Verluste an Produktionsstätten und Rohstoffen auch nach Versailles über einen großen Binnenmarkt und eine weitgehend intakte Infrastruktur. Aufgrund seines großen ökonomischen Potenzials blieb Deutschland anders als Österreich für alle europäischen Staaten ein unverzichtbarer Handelspartner.

<sup>59</sup> MANELA, *Wilsonian Moment* 19.

<sup>60</sup> Vgl. AMBROSIUS, *American Internationalism* 158-191, LADERMAN, *Sharing the Burden?*

<sup>61</sup> Vgl. HUBER, *Deutschland im Wandel* 216, *The Austrian Problem*, in: *Economist* 92, Nr. 4044 v. 26. 2. 1921, 463.

<sup>62</sup> Vgl. KEYNES, *Economic Consequences* 152; PETER, *Keynes* 40.

Diese unterschiedlichen ökonomischen Positionen eröffneten auch unterschiedliche Revisionsperspektiven. Vor allem in der sogenannten Stabilitätsphase hat Berlin sein ökonomisches Potential außenpolitisch genutzt, um die Versailler Ordnung zu schwächen: Wirtschafts- und Handelspolitik als Instrumente der Revisionspolitik. Dieses Kalkül manifestierte sich etwa in dem, allerdings gescheiterten, Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion. Durch eine Zollunion sollte das im Verträgen von Saint Germain (Art. 88) und Versailles (Art. 80) verfügte Anschlussverbot partiell unterlaufen werden. Die Revitalisierung des Anschlussgedankens in Österreich seit Mitte der 1920er Jahre hatte möglicherweise auch ein taktisches Ziel. Die europäischen Staaten, die einen Anschluss auf jeden Fall verhindern wollten, sollten dafür gewonnen werden, die Wiederherstellung der österreichischen ökonomischen Position auf andere Weise zu unterstützen.<sup>63</sup>

## 10. Neue Weltordnung und amerikanische Innenpolitik

Als der Vertrag von Saint Germain am 10. September unterzeichnet wurde, war Wilson bereits in die USA zurückgekehrt. Er konzentrierte sich darauf, die Widerstände im Senat gegen die Pariser Verträge zu überwinden und deren Ratifikation zu erreichen. In diesem Kontext ist auch der Redenmarathon zu sehen, den Wilson im September 1919 im Westen der USA zur Mobilisierung der öffentlichen Meinung unternahm. Vor allem drei Themen prägten seine Reden: Monroe-Doktrin, Völkerbund und deutsche Gefahr. Die

für die USA fundamentale Bedeutung der Monroe-Doktrin und der von dieser von den Washingtoner Regierungen seit nahezu einem Jahrhundert unilateral abgeleiteten Rechte würden durch die Pariser Vertragswerke unterminiert, lautete das Argument zahlreicher Senatoren. Ähnliche Vorbehalte wurden in Bezug auf den Volkerbundsvertrag formuliert. In Zentrum der Kritik stand Art. 10, in dem sich die Mitglieder des Völkerbunds verpflichten, „die Unversehrtheit des Gebietes und die bestehende politische Unabhängigkeit aller Bundesmitglieder zu achten und gegen jeden äußeren Angriff zu wahren.“<sup>64</sup> Diese Vorbehalte waren nicht neu. Außenminister Lansing hatte bereits vor Beginn der Pariser Friedenskonferenz den Präsidenten darauf hingewiesen, dass der Beitritt der USA zum Völkerbund im Kongress als Automatismus außenpolitischer Verpflichtungen Washingtons gesehen werden könnte.<sup>65</sup>

Immer wieder betonte Wilson auf seiner Vortragsreise, dass durch die Pariser Verträge weder die außenpolitische Handlungsfreiheit der USA noch die Wirkung der Monroe-Doktrin eingeschränkt werde. Im Gegenteil: In dem vieldiskutierten Art. 10 der Völkerbundssatzung sei sogar die Globalisierung der Monroe-Doktrin verankert. „It is the Monroe doctrine applied to the world.“<sup>66</sup> Denn die Mitglieder des Völkerbundes verpflichteten sich, die Prinzipien der Monroe-Doktrin weltweit anzuerkennen: Verteidigung der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit der Völkerbundsmitglieder. Ohne diese Garantie würde die gesamte Friedensstruktur zerbrechen. Für Wilson war der Völkerbund ein alternativloses Friedensprojekt.

<sup>63</sup> Vgl. Germany and Austria, in: *Economist* 101, Nr. 4283 v. 26. 9. 1925, 484.

<sup>64</sup> ANONYMUS, Staatsvertrag von St. Germain 17.

<sup>65</sup> Vgl. The Secretary of State to President Wilson, 23. 12. 1918, in: FRUS, The Paris Peace Conference, 1919, 1, 515f.

<sup>66</sup> Woodrow Wilson, Address Following Dinner at the Hotel Alexandria in Los Angeles, California, 20. 9.

1919, in: APP, <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/address-following-dinner-the-hotel-alexandria-los-angeles-california> (abgerufen am: 21. 4. 2019).

Nur durch die Zusammenarbeit aller Mitglieder könne der Frieden in der Welt bewahrt werden.

Als besondere Gefahr hatte Wilson eine mögliche Wiederbelebung des deutschen Imperialismus ausgemacht. Aus der von Wilson während des Krieges benutzten Formel „from Berlin to Bagdad“<sup>67</sup> wurde „Bremen to Bagdad – Bremen on the North Sea to Bagdad in Persia.“<sup>68</sup> Hier ist die Bedrohung durch eine über Mitteleuropa weit hinausgreifende deutsche Dominanz in Europa und Asien plakativ beschrieben. Während die grundlegende Gefahr von Deutschland ausging, war Österreich-Ungarn während des Krieges für Wilson zunächst eine Art sekundärer Bedrohungsfaktor. Das ändert nichts an der Tatsache, dass Österreich-Ungarn in der Friedenstrategie Wilsons, der Neuordnung der Welt, eine überaus wichtige Funktion zu erfüllen hatte, allerdings mit negativem Vorzeichen: Die Zerschlagung Österreich-Ungarns war im Kalkül Wilsons schließlich eine wichtige Voraussetzung für die Abschottung deutscher Expansion. Die Etablierung neuer Staaten sollte dem deutschen Drang in Richtung Asien, dem Pan-Germanismus, einen Riegel vorschieben, so hat Wilson im September 1919 wiederholt betont.

„Well, look at the map. What lies between Bremen and Bagdad? After you get past the German territory, there is Poland. There is Bohemia, which we have made into Czechoslovakia. There is Hungary, which is divided from Austria and does not share Austria's strength. There is Roumania. There is Jugo-Slavia. There is broken Turkey; and then Persia and Bagdad. 'The route is

open. The route is wide open, and we have undertaken to say, 'This route is closed!' If you do not close it, you have no choice but some day or other to enter into exactly the same sort of war that we have just gone through.“<sup>69</sup>

Diese Argumentationskette hat Wilson seinen Zuhörern mit monotoner Beharrlichkeit immer wieder präsentiert. Kraft des ihnen durch die Pariser Friedensschlüsse zugestandenen Rechts auf Selbstbestimmung bildeten die neu entstanden Staaten in Ost-, Mittel- und Südosteuropa eine Barriere gegen deutsches Expansionsstreben. Daher galt es, deren Unabhängigkeit durch die Mitglieder des Völkerbundes sicherzustellen. Die neu entstandenen Staaten hatten in Wilsons Grand Design mithin eine Schlüsselstellung. Die geopolitischen Sicherheitsinteressen wurden von Wilson immer wieder mit dem Bekenntnis zur Selbstbestimmung verknüpft. Amerikanische Ordnungsprinzipien, so resümierte Wilson, hatten sich durchgesetzt. Mehr noch, Amerika habe die Welt gerettet. „I think it is nothing less than true to say that America saved the world.“<sup>70</sup>

„We have at last vindicated the policy of America, because all through that treaty, and you will presently see all through the Austrian treaty, all through the Bulgarian treaty, all through the Turkish treaty [ ] runs the same principle, not only that no Government can impose its sovereignty on unwilling people, but that Governments which have imposed their sovereignty upon unwilling people must withdraw it“ Die von Deutschland, Österreich-Ungarn und der Türkei unterjochten Völker seien in die Freiheit

<sup>67</sup> Woodrow Wilson, Address on Flag Day, 14.6.1917, in: APP, <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/address-flag-day> (abgerufen am: 20. 8. 2018).

<sup>68</sup> Woodrow Wilson, Address at the Coliseum in Des Moines, Iowa, 6. 9. 1919, in: APP, <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/address-the-coliseum-des-moines-iowa-0> (abgerufen am: 20. 8. 2018).

<sup>69</sup> Woodrow Wilson, Address at a Luncheon at the Hotel Statler in St. Louis, Missouri, 5. 9. 1919, in: APP, <https://www.presi->

[dency.ucsb.edu/documents/address-luncheon-the-hotel-statler-st-louis-missouri](https://www.presidency.ucsb.edu/documents/address-luncheon-the-hotel-statler-st-louis-missouri) (abgerufen am: 20. 8. 2018).

<sup>70</sup> Woodrow Wilson, Address at the Reno Auditorium in Reno, Nevada, 22. 9. 1919, in: APP, [https://www.presi-](https://www.presidency.ucsb.edu/documents/address-the-reno-auditorium-reno-nevada)  
[dency.ucsb.edu/documents/address-the-reno-auditorium-reno-nevada](https://www.presidency.ucsb.edu/documents/address-the-reno-auditorium-reno-nevada) (abgerufen am: 20. 8. 2018).

entlassen, die ihnen das Recht auf Selbstbestimmung brachte: „[...] that they can set up any sort of government they please, and that nobody dare interfere with their self-determination and autonomy. I conceive this to be the greatest charter—nay, it is the first charter—ever adopted of human liberty. It sets the world free everywhere from autocracy, from imposed authority, from authority not chosen and accepted by the people who obey it.“<sup>71</sup>

Die Dramatisierung der deutschen Gefahr hatte für Wilson eine wichtige Doppelfunktion. Zum einen sollte so die Zustimmung des amerikanischen Senats zum Völkerbund erreicht werden. Zum anderen konnte auf diese Weise die Zerschlagung Österreich-Ungarns auch aus einer langfristigen sicherheitspolitischen Perspektive legitimiert werden. Angesichts der Eindeutigkeit der zitierten Äußerungen sollte die zweifache funktionale Bedeutung Österreich-Ungarn bei der Interpretation der Wilsonschen Kriegs- und Friedensziele größere Beachtung finden: zum einen als Teil zur Realisierung des militärischen Siegs über das Deutsche Reich, zum anderen im Kontext zur Verhinderung einer befürchteten Wiederbelebung deutscher Ost- und Südostexpansion

Wilson's Werbereise für die Pariser Verträge endete mit seinem physischen Zusammenbruch des Präsidenten. Dies sollte sich als böses Omen für das Schicksal der Verträge erweisen. Drei Abstimmungen im Senat brachten nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Bei der letzten Abstimmung am 19. März 1920 fehlten sieben Stimmen, die Ratifizierung der Pariser Verträge war endgültig gescheitert.<sup>72</sup>

## 11. Die Normalisierung der amerikanisch-österreichischen Beziehungen

Wilson's innenpolitisches Scheitern hatte gravierende außenpolitische Konsequenzen. Die USA waren nicht länger Vertragspartner der Pariser Verträge, der hier im Mittelpunkt stehende Vertrag von Saint Germain war damit für die USA obsolet, und die USA waren mithin aller Vertragsrechte der Signatarmächte verlustig gegangen. Der Nachfolger Wilson's im Weißen Haus, Thomas Harding, hat daher die Normalisierung der Beziehungen zu Österreich auf bilateraler Ebene angestrebt. Zunächst wurde am 2. Juli 1921 der Kriegszustand mit Österreich für beendet erklärt. Damit war eine wichtige Voraussetzung geschaffen für den Abschluss eines Friedensvertrages. Der in Wien unterzeichnete „Staatsvertrag vom 24. August 1921 zwischen der Republik Österreich und den Vereinigten Staaten von Amerika“<sup>73</sup> trat am 8. November 1921 nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Die Präambel nimmt Bezug auf die Kongressresolution vom 2. Juli 1921 und geht von der „Erwägung“ aus, dass „die ehemalige Österreichisch-Ungarische Monarchie zu bestehen aufgehört hat und in Österreich durch eine republikanische Regierung ersetzt worden ist.“ Zentrale Bedeutung hat Art. I: „Österreich verpflichtet sich, den Vereinigten Staaten zuzugestehen und die Vereinigten Staaten sollen haben und genießen alle Rechte, Privilegien, Entschädigungen, Gutmachungen und Vorteile, die in der obenstehenden gemeinsamen Resolution des Kongresses der Vereinigten Staaten vom 2. Juli 1921 spezifiziert sind, einschließlich aller zugunsten der Vereinigten Staaten im Verträge von St. Germain-en-

<sup>71</sup> Woodrow Wilson, Address at the Reno Auditorium in Reno, Nevada, 22. 9. 1919, in: APP, <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/address-the-reno-auditorium-reno-nevada> (abgerufen am: 20. 8. 2018).

<sup>72</sup> Vgl. FERRELL, Wilson 156-177.

<sup>73</sup> Deutsche und englische Texte, in: BGBl. 643/1921.



Laye ausbedungenen Rechte und Vorteile, welche die Vereinigten Staaten ungeachtet des Umstandes, daß dieser Vertrag von ihnen nicht ratifiziert worden ist, zur Gänze genießen sollen.“

Das war ein Vertrag der Vorteile ohne Verpflichtungen seitens der USA. Warum unterwarf sich Wien erneut den Bestimmungen des Vertragsdiktats von Saint German? Der Vertrag hatte für Österreich einen nicht zu unterschätzenden immateriell-psychologisch Wert. Die einheitliche Frontstellung der ehemaligen Kriegsgegner war für alle Welt sichtbar aufgebrochen. Das war umso bedeutsamer, als es sich um einen bilateralen Vertrag mit einer Großmacht USA handelte, die außerhalb des Versailler Systems stand. Dies ist vergleichbar mit dem entsprechenden Vertrag der USA mit Deutschland, der einen Tag später in Berlin unterzeichnet wurde.<sup>74</sup>

Ein weiterer Schritt zur Normalisierung der amerikanisch-österreichischen Beziehungen war der Freundschafts- und Konsularvertrag vom Juni 1928. Kernstück des Vertrages ist die in Art. VIII vereinbarte unbedingte Meistbegünstigung: „Jeder Vorteil, gleichgültig welcher Art, den einer der beiden vertragschließenden Teile durch Gesetz, Verordnung, Vorschrift, Übung oder auf andere Weise künftig irgendeiner in irgendeinem anderen fremden Lande gewachsen, erzeugten oder hergestellten Ware gewährt“, sollte „gleichzeitig und bedingungslos ohne Ansuchen und ohne Gegenleistung auf dieselbe Ware ausgedehnt werden, wenn sie in den Gebieten des anderen Vertragsteiles gewachsen, erzeugt oder hergestellt ist.“<sup>75</sup> Für Wien hatte dieser Vertrag wegen der amerikanischen protektionistischen Politik nur begrenzte wirtschaftliche Bedeutung, wichtig ist vor allem auch hier die formale Gleichberechtigung mit den USA. Für Washington hatte der Vertrag den Vorteil, dass die USA

automatisch von jeder zollpolitischen Vereinbarung Österreichs mit einem Drittland profitierte. Wichtiger als die potenziellen materiellen Vorteile war jedoch für Washington die vertragliche Fixierung der Politik der Offenen Tür, die auch nach dem vermeintlichen Rückzug aus der Weltpolitik Grundprinzip amerikanischer Außenpolitik blieb.

## 12. Pax Americana: Fernwirkungen des Wilsonian Moment

Unter dem Eindruck des innenpolitischen Scheiterns Wilson haben nicht nur Zeitgenossen den 28. Präsidenten der USA überwiegend negativ beurteilt, als tragische Figur gesehen. Hier spiegelt sich die große Enttäuschung darüber, dass die USA das von Wilson propagierte Konzept einer neuen Weltordnung nach dem Krieg nicht machtpolitisch abgesichert haben, sich vermeintlich in die Isolation zurückgezogen hätten. In diesem Kontext wird häufig übersehen, dass der Erste Weltkrieg und die Politik Wilson wie eingangs erwähnt tiefe Zäsuren in den internationalen Beziehungen markieren. Das gilt ganz besonders im Hinblick auf die machtpolitische Position der USA. In diesem Kontext ist zunächst daran zu erinnern, dass Wilson ein zentrales Kriegsziel verwirklicht hat: Die Sprengung der unter Dominanz Deutschlands stehenden eurasischen Kontinentalimperien. Auf die zentrale Bedeutung Österreich-Ungarns wurde in diesem Zusammenhang nachdrücklich hingewiesen. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass dieser Krieg, der um die Sicherung und Expansion der europäischen Imperien geführt wurde, als Ergebnis deren Auflösung beziehungsweise deren Schwächung sowie einen generellen Gewichtsverlust Europas

<sup>74</sup> Vertrag zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika vom 25. August 1921, deutsche und englische Texte in: dRGebl. 1921 S 1317.

<sup>75</sup> Freundschafts-, Handels und Konsularvertrag zwischen der Republik Österreich und den Vereinigten

Staaten von Amerika vom 19. Juni 1928 und Zusatzabkommen vom 20. Januar 1931, BGBl. 192 und 193/1931.

hatte.<sup>76</sup> Damit waren prinzipiell wichtige Voraussetzungen für eine Pax America geschaffen. Zu dieser Erfolgsbilanz Wilsons gehören die Demokratisierung autoritärer und neu entstandener Staaten, die Abwehr bolschewistischer Bedrohung, Verteidigung des privatkapitalistischen Systems sowie die Etablierung der USA zur führenden Wirtschafts- und Finanzmacht der Welt. Zu diesen vor allem aus amerikanischer Perspektive wichtigen machtpolitischen Komponenten kommen die Fernwirkungen des Wilsonschen Konzepts einer liberalkapitalistischen Weltordnung. Hier haben spätere Präsidenten immer wieder angeknüpft, allen voran Franklin D. Roosevelt. Zu nennen sind die Vier Freiheiten vom Januar 1941<sup>77</sup> und die Atlantic Charter vom August 1941, die in acht Punkten zentrale Elemente des Wilsonschen Friedenprogramms wieder aufnimmt, die Etablierung einer liberalkapitalistischen Weltordnung.<sup>78</sup> Allerdings hat es Präsident Roosevelt zunächst vermieden, einen Bezug zu Wilsons Vierzehn Punkten herzustellen. Zu frisch war in der amerikanischen Öffentlichkeit die Erinnerung an das nur ein Jahrzehnt zurückliegende Scheitern Wilsons. Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges, als sich ein militärischer Sieg der USA abzeichnete, hat Roosevelt dann in der Diskussion um die Nachkriegsordnung die Atlantic Charter expressis verbis mit den Vierzehn Punkten verglichen.<sup>79</sup>

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die USA in weiten Teilen der Welt diese liberale Weltordnung durchgesetzt, in der sich die amerikanische

Dominanz überwiegend indirekt-informell entfalten konnte: Hegemonie durch Demokratie. Im Schutze dieser Pax Americana haben sich in Österreich Demokratie und wirtschaftliche Stabilität entfaltet. Unter diesen Rahmenbedingungen ist es der Wiener Diplomatie relativ schnell gelungen, die Zweite Republik als wichtigen Faktor in der internationalen Politik zu etablieren.

Sieben Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg hat ausgerechnet ein amerikanischer Präsident damit begonnen diese konsensorientierte liberale Politik zu zerstören und zwar in zweifacher Hinsicht: durch einen Angriff auf die demokratische Ordnung in den USA und eine disruptive, gegen den Multilateralismus gerichtete Außenpolitik: Hegemonie durch Autokratie. Diese Pervertierung traditioneller amerikanischer Werte hat bewirkt, dass in kritischen Analysen von Wissenschaft und Politik eine zunehmende Rückbesinnung auf den Wilsonian Moment zu beobachten ist.

## Korrespondenz:

Prof. Dr. Hans-Jürgen SCHRÖDER  
Justus-Liebig-Universität Gießen  
Historisches Institut  
Otto-Behaghel-Straße 10 C  
D- 35394 Gießen  
hans-juergen.schroeder@geschichte.uni-giessen.de  
ORCID-Nr. 0000-0002-2944-9747

<sup>76</sup> Vgl. GERWARTH, MANELA, *Empires at War* 800.

<sup>77</sup> Vgl. Franklin D. Roosevelt, Annual Message to Congress on the State of the Union, 6. 1. 1941, in: APP, <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/annual-message-congress-the-state-the-union> (abgerufen am 21. 4. 2019), vgl. auch Franklin D. Roosevelt, Excerpts from the Press Conference at Hyde Park, New York, 5. 7. 1940, in: APP, <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/excerpts-from-the-press-conference-hyde-park-new-york> (abgerufen am: 21. 4. 2019), Johnstone, *Four Freedoms* 1-16.

<sup>78</sup> Vgl. Franklin D. Roosevelt, Statement on the Atlantic Charter Meeting with Prime Minister Churchill, 14. 8. 1941, in: APP, <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/statement-the-atlantic-charter-meeting-with-prime-minister-churchill> (abgerufen am: 4. 4. 2019).

<sup>79</sup> Vgl. Franklin D. Roosevelt, Excerpts from the Press Conference, 22. 12. 1944, in: APP, <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/excerpts-from-the-press-conference-21> (abgerufen am: 21. 4. 2019).

## Abkürzungen:

APP: The American Presidency Project  
 FRUS: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States.  
 PWW: The Papers of Woodrow Wilson  
 Siehe auch das allgemeine Abkürzungsverzeichnis:  
 [<http://www.rechtsgeschichte.at/files/abk.pdf>]

## Literatur:

- ANONYMUS, Der Staatsvertrag von St. Germain samt Begleitnote vom 2. September 1919 und einem alphabetischen Nachschlageverzeichnis (Wien 1919).
- Moses ABRAMOVITZ, Paul A. DAVID, American Macroeconomic Growth in the Era of Knowledge-Based Progress. The Long-Run Perspective, in: Stanley L. ENGERMAN, Robert E. GALLMAN (Hgg.), The Cambridge Economic History of the United States, Bd. 3: The Twentieth Century (Cambridge/MA 2000) 1–92.
- Lloyd E AMBROSIOUS, Woodrow Wilson and World War I, in: Passport. The Society for Historians of American Relations Review 48 (2017) 31–39.
- DERS., Woodrow Wilson and American Internationalism (New York) 2017.
- Kurt BEDNAR, Der Papierkrieg zwischen Washington und Wien 1917/18 (Innsbruck 2017).
- Manfred BERG, Amerika und die Neuordnung der Welt. Eine Biografie (München 2017).
- Christopher CAPOZZOLA, The United States Empire, in: Robert GERWARTH, Erez MANELA (Hgg.), Empires at War (Oxford 2014) 235–253.
- Eckart CONZE, Die Grosse Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt (München 2018).
- Michael R. CUDE, Wilsonian National Self-determination and the Slovak Question during the Founding of Czechoslovakia, 1918–1921, in: Diplomatic History 40 (2016) 155–180.
- John Wells DAVIDSON (Hg.), A Crossroads Of Freedom. The 1912 Speeches Of Woodrow Wilson (Bradford 1912).
- Marion DOTTER, Stefan WEDRAC, Der hohe Preis des Friedens. Geschichte der Teilung Tirols, 1918–1922 (Innsbruck 2018).
- Robert H. FERRELL, Woodrow Wilson and World War I, 1917–1921 (New York 1985).
- M. RYAN FLOYD, Abandoning American Neutrality. Woodrow Wilson and the Beginning of the Great War, August 1914–December 1915 (New York 2013).
- Robert E. GALLMAN, Economic Growth and Structural Change in der Long Nineteenth Century, in: Stanley L. ANGERMAN, Robert E. GALLMAN (Hgg.), The Cambridge Economic History of the United States, Bd. 2: The Long Nineteenth Century (Cambridge/MA 2000) 1–56.
- Loyd C. GARDNER (Hg.), Wilson and Revolutions: 1913–1921 (Philadelphia 1976).
- Robert GERWARTH, Erez MANELA, The Great War as Global War: Imperial Conflict and Reconfiguration

- of World Order, 1911–1923, in: *Diplomatic History* 38 (2014) 786–800.
- Daniel GORMAN, International Law and International Thought of Quincy Right, 1918–1945, in: *Diplomatic History* 41 (2017) 336–361.
- Václav HORCICKA, The Relationship between Austria-Hungary and the United States in 1918, in: *Prague Papers on the History of International Relations* 23 (2015) 57–92.
- DERS., The Bilateral Relationship between Austria-Hungary and the United States from April to December 1917, in: *Austrian History Yearbook* 46 (2015) 261–295.
- Michael HUBER, *Deutschland im Wandel. Geschichte der deutschen Bevölkerung seit 1815* (Stuttgart 1998).
- Daniel IMMERWAHR, The Greater United States: Territory and Empire in U.S. History, in: *Diplomatic History* 40 (2016) 373–391.
- Andrew JOHNSTONE, *Against Immediate Evil. American Internationalists and the Four Freedoms on the Eve of World War II* (Ithaca 2014).
- Ross A. KENNEDY, Woodrow Wilson, World War I, and an American Conception of National Security, in: *Diplomatic History* 25 (2001) 1–31.
- John Maynard KEYNES, *The Economic Consequences of the Peace*. Introduction by Paul E. VOLCKER (London 1919, ND New York 2007).
- DERS., *A Revision of the Treaty: Being a Sequel to the Economic Consequences of the Peace* (New York 1922).
- Thomas J. KNOCK, *To End All Wars: Woodrow Wilson and the Quest for a New World Order* (Princeton 1992).
- Charlie LADERMAN, *Sharing the Burden? The American Solution to the Armenian Question, 1918–1920*, in: *Diplomatic History* 40 (2016) 664–694.
- Walter LAFEBER, The American Search for Opportunity, 1865–1913, in: Warren E. COHEN (Hg.), *The New Cambridge History of American Foreign Relations*, Bd. 2 (Cambridge/MA 2013).
- DERS., *The New Empire. An Interpretation of American Expansion 1860–1898* (Ithaca 1967).
- Daniel LARSEN, *Abandoning Democracy: Woodrow Wilson and Promoting German Democracy, 1918–1919*, in: *Diplomatic History* 37 (2013) 476–508.
- Erez MANELA, *The Wilsonian Moment. Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism* (Oxford 2007).
- Andrew PATRICK, Woodrow Wilson, the Ottomans, and World War I, in: *Diplomatic History* 42 (2018) 886–910.
- Susan PEDERSEN, *The League of Nations and the Crisis of Empire* (Oxford 2015).
- Mathias PETER, *John Maynard Keynes und die britische Deutschlandpolitik: Machtanspruch und Realität im Zeitalter der Weltkriege 1919–1946* (München 1997).
- Wesley J. REISSER, *The Black Book. Woodrow Wilson's Secret Plan for Peace* (Lanham 2012).
- Theodore ROOSEVELT, *A Difficult Question to Answer*, in: *Committee on Publications. Roosevelt Memorial Association* (Hg.), *Roosevelt in the Kansas City Star. War-Time Editorials by Theodore Roosevelt* (Kansas City 1920) 23–25.
- Emely ROSENBERG, World War I, Wilsonianism, and Challenges to U.S. Empire, in: *Diplomatic History* 38 (2014) 852–863.
- Hans ROTHFELS, *Zeitgeschichte als Aufgabe*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 1 (1953) 1–8.
- Hans-Jürgen SCHRÖDER (Hg.), *Confrontation and Cooperation. Germany and the United States in the Era of World War I, 1900–1924* (Providence–Oxford 1993).
- Trygve THRONTVEIT, The Fable of the Fourteen Points: Woodrow Wilson and National Self-Determination, in: *Diplomatic History* 35 (2011) 445–481.
- Stephen J. VALONE, “Weakness Offers Temptation”: William H. Seward and the Reassertion of the Monroe Doctrine, in: *Diplomatic History* 19 (1995) 583–599.
- Johannes VIEHRIG, „Propheten der Expansion“. Ideologische Grundlagen des amerikanischen Imperialismus zwischen Bürgerkrieg und Erstem Weltkrieg (phil. Diss., Univ. Jena 2013).
- Hans-Ulrich WEHLER, *Der Aufstieg des amerikanischen Imperialismus. Studien zur Entwicklung des Imperium Americanum 1865–1900* (Göttingen 1974).
- William Appleman WILLIAMS, *The Tragedy of American Diplomacy* (New York 1972).
- Woodrow WILSON, *The Papers of Woodrow Wilson*, hg. v. Arthur S. LINK u.a., 78 Bde. (Princeton 1966–1989).